

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

48. Jahrgang.

Nr. 139.

Sonnabend, den 23. November

1901.

### Stadtanlagen betreffend.

Am 15. November ds. J. ist der 4. Termin der diesjährigen städtischen Anlagen fällig gewesen.

Es wird dies hierdurch mit dem Bemerkten bekannt gegeben, daß zur Zahlung desselben eine 3wöchige Frist nachgelassen ist und daß hiernach gegen säumige Zahler ohne vorhergegangene Erinnerung das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden wird.

Eibenstock, den 20. November 1901.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Bg.

Wegen des mit Ende dieses Jahres erfolgenden Ablaufs der gegenwärtigen Wahlperiode macht sich für die Orte **Schönheide, Schönheiderhammer** und **Neuheide** welche einen gemeinschaftlichen Wahlbezirk bilden, die Neuwahl zweier Abgeordneten zur Bezirksversammlung erforderlich.

Die Vornahme dieser Wahl soll

**Montag, den 2. Dezember 1901,**  
Nachmittags 5 Uhr

stattfinden und werden daher die Stimmberechtigten hierdurch eingeladen, sich zur angegebenen Zeit in dem zum Wahllokal bestimmten Sitzungszimmer des hiesigen Rathhauses einzufinden.

Schönheide, am 21. November 1901.

Gem.-Vorstand Haupt, Wahlkommissar.

### Godtensest.

Der Tod trennt die Menschen, er trennt die treuesten Freunde, er trennt und löst Bande der Liebe und Treue, aber doch nur äußerlich. Die sichtbare Lebens- und Liebesgemeinschaft hört auf, die geistige und heilige Gemeinschaft dauert fort. Wie wäre es auch anders möglich, als daß diejenigen, deren Umgang wir genießen, an deren Glaubens- und Geistesleben wir Antheil nehmen dürfen, in unserem Leben eine Wirkung zurücklassen, die nichts anders als eine Fortdauer der Glaubens- und Geistesgemeinschaft bedeutet. Der heutige Tag gilt dem Gedächtniß der Todten. Wer noch etwas von Pietät in sich hat, wer eine Ahnung davon hat, daß was er heute ist, er nur ist aus dem Verlehen mit so manchen heraus, die heute ein stiller Hügel deckt — dem zieht durch sein Gemüth ein dankbares Gedenten, der feiert in diesem Gedenken eine Erneuerung der Glaubens- und Geistesgemeinschaft, aus der er einst so viel geschöpft. Der Christ vollzieht dazu diese Erneuerung nicht ohne die Hoffnung, daß diese Erneuerung der Glaubens- und Geistesgemeinschaft nach der herrlichen Auferstehung der Todten sich sichtbarlich vollenden werde. Das Gedächtniß der Todten stellt aber Jedem zugleich vor die Frage, was er selbst den Lebendigen sei. Jeder Mensch lebt auf Erden in einer Glaubens- und Geistesgemeinschaft. Daß diese Glaubensgemeinschaft Spuren, gelognete Wirkung zurücklasse, muß Jeder wünschen, der nicht von heute auf morgen lebt, dem sein Leben mehr werth ist, als vom Tod verschlungen zu werden. Es giebt Menschen genug, deren Andenken nicht mit Segen und Dankbarkeit genannt wird. Solches Leben ist ein verlorenes Leben hier und dort. Was hier keinen Segen schuf, kann dort keinen Segen empfangen. Wer aber durch den Glauben sein Herz erneuern läßt und in Liebe seinem Nächsten dient, wird den Segen ererben. Man wird dann nicht bloß an seinem Grabe einst solche finden, die dankbar seiner gedenken, sondern er darf sich singen lassen:

Auferstehn, ja auferstehn wirst du,  
Wein Staub, nach kurzer Ruh!  
Unsterbliches Leben  
Wird, der dich schuf, dir geben.  
Hallelujah.

### Die Krise in Oesterreich.

Man hatte gehofft, daß es dem neuen österreichischen Ministerpräsidenten v. Körber gelingen würde, das überall lede und auf den Grund gerathene österreichische Staatschiff wieder flott zu machen. Aber diese Hoffnung muß man begraben. An den Donau-Ufern weht scharfe Krikenluft und daran ist der Größenwahn der Tschechen schuld.

Der Kaiser soll sich darüber wiederholt sehr mißfällig ausgesprochen haben; freilich mit Unmuthsausdrücken ist es noch nicht gethan. Es muß ein Wille, durchzugreifen, vorhanden sein. Darum klang es schon besser, als der Kaiser zu dem einft vom Abg. Wolf auf Säbel abgeführten Polen Weinwoß sagte: die Mehrheitsparteien müssen es lernen, eine Geschäftsordnungsänderung durchzuführen, die ein Arbeiten des Reichsrathes ermöglicht. Noch besser lautet es, daß die Regierung an Auflösung des Abgeordnetenhauses denkt, in der Voransetzung, daß man von oben her die Wahlen gegen die Tschechen machen und daß man mindestens zehn Jahre hintereinander immer energischer gegen sie regieren und sie wirtschaftlich aufs Trockne setzen will. Die erzieherische Einwirkung mittels wirtschaftlicher Mittel verstehen die Wenzelsöhne gerade außerordentlich gut. Ganz besonders auch die Herren jungtschechischen Abgeordneten. Etwas Straßentumult und Pöbelaufbruch wird es geben; aber Oesterreich wird dabei gerettet. Bei der bisher schier unheilbaren feudalslawischen Verfassung Innerösterreichs ist an den rettenden Rath zwar nicht recht zu glauben; und insbesondere droht die nahe Regierung des Erzherzogs Franz Ferdinand dem Staat auch in der slawischen Frage jener Zusammensturz, den er einst in der italienischen und in der deutschen Frage erlebt hat. Gleichwohl darf der Freund Oesterreichs den vielleicht letzten Versuch des Ministeriums Körber, das Gleiten auf schiefer Ebene zu beendigen, theilnahmlos zuschauen. Möge Herr v. Körber auch die höhere politische Entschlossenheit finden und möge Kaiser Franz Joseph noch längere Zeit leben und regieren!

Momentan ist die Sachlage so, daß die Tschechen von weiteren Verhandlungen mit den Deutschen nichts wissen wollen, so lange nicht die tschechische Staatsprache zugestanden ist. Dem setzen die Deutschen eine geschickte Zurückhaltung entgegen.

Die in der Obmänner-Konferenz vertretenen deutschen Parteien gelangten zu der Ueberzeugung, daß nur eine Verständigung aller Parteien des Hauses bezüglich der Art der Fortführung des parlamentarischen Geschäftes das Haus aus seiner heutigen Lage befreien könne, weshalb sie sich entschlossen hätten, zu einer solchen Verständigung den Anstoß zu geben. Alle Parteien ständen unter dem Eindruck, daß in der wirtschaftlichen Entwicklung Oesterreichs es kaum jemals einen kritischeren Augenblick gegeben habe als den gegenwärtigen. Alle noch so lebhaften nationalen Gefühle dürften die Sorge und Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes nicht ausschließen.

Es handle sich um zwei Stadien der parlamentarischen Arbeit, zunächst um Erledigung des Budgets und dann um Herstellung einer politischen Situation, welche einen parlamentarischen Abschluß des Ausgleichs mit Ungarn und der Handelsverträge ermögliche. Die Erledigung des Staatsvoranschlages im Ausschuß sei nur durch das Zusammenwirken aller Parteien erreichbar.

Die Konferenz beantrage deshalb im alleitigen Interesse die sofortige Fühlungnahme zwischen den Parteien unter Einflußnahme der Regierung, um konkrete Beschlüsse zu erzielen über die Ausnutzung aller sitzungsfreien Tage für die Erledigung des Budgets im Ausschuß, über die Zuweisung des Budgetsprovisoriums ohne erste Lesung an den Ausschuß und Vorlegung des Provisoriums noch vor Weihnachten.

Liefergehende Anstrengungen erheische das zweite Stadium. Wenn nicht erreicht werde, daß die Regierung sich auf den guten Willen der Volksvertreter in Oesterreich stützen könne, wenn die nationalen Forderungen mit der Ausgleichsfrage veräußt würden, so sei keine Aussicht für die parlamentarische Regelung des wirtschaftlichen Verhältnisses zu der andern Reichshälfte vorhanden. Es müsse daher eine politische Situation geschaffen werden, die es allen Parteien ermögliche, auf dem gemeinsamen Boden des österreichischen Interesses sich mit der Regierung zusammenzufinden. Die deutschen Parteien seien grundsätzlich gewillt, an der Herbeiführung einer solchen Situation mitzuwirken und halten es daher für geboten, daß in jenem Zeitpunkt eine Aussprache über die wichtigsten nationalen Differenzen gepflogen und im Geiste billigen Entgegenkommens durchgeführt werde.

Nachdem die Deutschen diese Erklärungen abgegeben haben, wollen sie es mit Recht der Regierung überlassen, ihrerseits die tschechischen Erpressungspolitik zu gleicher Bereitwilligkeit zu bewegen. Die Deutschen wollen ihrerseits die Staatspolitik stützen; wollen die Tschechen das nicht, so sollen sie es in jedem Stadium der Verhandlungen gegen die Regierung thun.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Erfahrungen mit der einjährig-freiwilligen Militärdienstpflicht der Volksschullehrer können, wie offiziös geschrieben wird, im Allgemeinen als recht günstig bezeichnet werden. Das ergibt sich auch aus der Thatfache, daß die große Mehrzahl der bisher in den verschiedenen Theilen des Reiches als Einjährig-Freiwillige, bezw. als Staats-Einjährige eingetretenen Volksschullehrer bei ihrer Entlassung zu Unteroffizieren befördert werden konnte. Als zweckmäßig und nützlich hat sich auch die Einrichtung bewährt, daß in allen deutschen Garnisonen seitens der Lehrervereine Kommissionen zu dem Zweck gebildet worden sind, den als Einjährige dienenden Volksschullehrern mit Rath und That, insbesondere auch bei Erlangung geeigneter Wohnungen, beizustehen.

— Eine vom Staatssekretär des Innern ergangene Rundfrage über das Ausverkaufswesen hat die in Frage kommenden gewerblichen und kaufmännischen Vereinigungen zu Rückäußerungen Veranlassung gegeben, die sich in der Mehrzahl dagegen ausgesprochen haben, daß eine gesetzliche Regelung dieser Materie in Aussicht zu nehmen sei. Die Rundfrage ist die Folge eines vom Reichstag angenommenen, vom Centrum gestellten Antrages, der gleichzeitig auch eine Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb verlangt hatte.

— Weitere Reformen im Eisenbahntarifen stellen die „Verl. Pol. Nachr.“ in eine, wenn auch noch nicht nahe Aussicht, indem sie anscheinend offiziös schreiben, daß die Forderung, durch Beseitigung der Rückfahrarten unter Herabsetzung des Fahrpreises auf die Hälfte desjenigen der Rückfahr-

arten alle die jetzt noch bestehenden Weiterungen und Schwierigkeiten für das Verkehrspublicum zu beseitigen, durchaus berechtigt sei, und daß eine solche Ordnung des Personentarifwesens das Endziel einer von dem Gesichtspunkte der Vereinfachung geleiteten Reform sein muß.

— England. London, 20. November. Auf ein Schreiben, welches ein gewisser Marriner aus Penrith an Chamberlain gerichtet und in dem er ihm nahe gelegt hatte, Schritte zu thun, um den Unwillen zu beseitigen, den er durch seine jüngst gehaltene Rede in gewissen Kreisen des deutschen Volkes hervorgerufen habe, hat Chamberlain durch seinen Sekretär antworten lassen, die künstliche Agitation in Deutschland beruhe so vollständig auf einem Mißverständnis seiner Rede, daß er nicht daran denke, irgend welche Notiz davon zu nehmen. Er wolle indessen feststellen, daß sich kein vernünftiger Deutscher durch die Worte beleidigt fühlen könnte, in denen er das Verhalten der britischen Behörden in Transvaal durch den Hinweis auf die bei allen civilisirten Nationen unter ähnlichen Umständen beobachtete Haltung gerechtfertigt habe.

— London, 19. November. Die Zollbehörden in London hielten einen Dampfer, der am letzten Mittwoch angeblich mit Passagieren zu einer Vergnügungsfahrt abgehen wollte, zurück. Gewisse Umstände und namentlich der, daß das Schiff einen Scheinwerfer mit sich führte, erregten Verdacht. Es heißt, die Zollbeamten hätten an Bord 4 Fetzgeschosse und eine Menge Holzohle und Salpeter gefunden; die Vorräthe bestanden aus Büchsenfleisch, Biskuits und anderen Dingen, die für Vergnügungsreisen ungewöhnlich sind. Das Schiff war auch so eingerichtet, daß es 500 bis 600 Mann mit sich führen konnte. Wie es heißt, hätten die Beamten festgestellt, daß das Schiff, welches einer Kiberei in Aberdeen gehört, zunächst nach Hamburg gehen sollte; der Kapitän habe verweigerte Verweigerung.

— Campbell Bannerman hielt am Mittwoch in Plymouth eine Rede, in der er ausführte, der Einfall Jamesons würde nie vorgekommen sein, wenn eine liberale Regierung am Ruder gewesen wäre. Er glaube nicht an eine Verschönerung zu dem Zweck, die Engländer aus Südafrika zu vertreiben. Er meine, diese Behauptung sei lediglich nachträglich ausgedacht worden, um das öffentliche Gewissen in England zum Schweigen zu bringen. Der Redner bestritt, jemals irgend ein Wort geäußert zu haben, das von irgend einem noch so feinen Kopfe als eine Ernüchterung der Buren gedeutet werden könnte. Er habe einzig und allein auf die Thorheit der Art und Weise hingewiesen, in der die Regierung die Burenangelegenheit betreibe. Campbell Bannerman erklärte ferner, es sei keine Hoffnung vorhanden, daß die Gefahr, der England jetzt gegenüberstehe, beschworen werden würde, solange Chamberlain im Kolonialministerium und Milner in Pretoria verbleibe. Schließlich gab Redner der Ansicht Ausdruck, daß England die Verpflichtung gehabt hätte, trotz eifrigster Fortsetzung des Kampfes das militärische Vorgehen mit der Veröffentlichung annehmbarer und bestimmter Friedensbedingungen zu begleiten.

— Holland. Wie vorausgesehen war, hat sich der Verwaltungsrath des Schiedsgerichtes in der Burenache für nicht zuständig erklärt.

— Südafrika. Nach einem Bericht des Kriegsamtes sollen jetzt sämtliche in Betrieb befindlichen Eisenbahnstrecken in der Kapkolonie, in Natal und in den beiden Burenstaaten durch Blockhäuser derartig geschützt sein, daß die besetzten Beobachtungsposten nicht mehr als 300 Yards von einander entfernt seien. Die Zahl der Blockhäuser habe jetzt 2400 erreicht, in welchen außerdem noch gegen 8000 große Kaffernhunde gehalten würden. Diese Hunde seien vorzügliche Wächter und in jeder Nacht werde zwischen allen Blockhäusern noch je ein Posten von fünf Mann und zwei Hunden aufgestellt, so daß künftig Ueberfälle auf die Bahnlinie unmöglich seien, falls nicht die Buren an einer Stelle mit überlegenen Streitkräften auftreten würden. Indessen könnten an jeder beliebigen Stelle der Bahnlinie binnen 5 bis 6 Stunden wenigstens 1500 Mann englischer Truppen zusammengezogen werden. Dieses Verteidigungssystem erfordert jedoch die stete Bereithaltung von 135,000 Mann und 80,000 Pferden.

— Ein Telegramm Ritscheners aus Pretoria meldet: Kommandant Bubb wurde, nachdem er einen Angriff auf eine Patrouille von etwa 100 Eisenbahnpionieren am Baal in der Nähe von Billersdorp gemacht hatte, gefangen genommen. Die